

März 2015

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen

GE W 160

Zeitung für alle Beschäftigten an Schulen in Gelsenkirchen und Gladbeck



12.3.2015

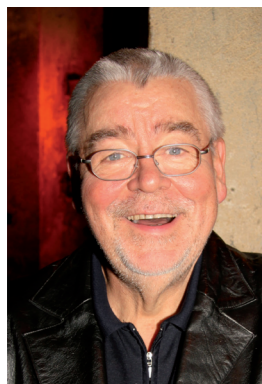
Landesweite Arbeitsniederlegung an den Schulen
Warnstreik und Kundgebung
Unser Treffpunkt ab 9.00 Uhr im Haus der IG-Metall
in der Augustastraße in Gelsenkirchen.
Hier gibt's Streiklisten, Frühstück und Bahnfahrkarten.
Um 9.42 Uhr Abfahrt nach Düsseldorf zur Kundgebung.

Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker

Tarifbeschäftigte des Landes Nordrhein-Westfalen auf der Straße

Trotz landesweiter Aktionen und Arbeitsniederlegungen hat es bisher bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sowohl bezogen auf LEGO noch bezogen auf die Gehaltsentwicklung seitens der Arbeitgeber ein akzeptables Angebot gegeben. Aus diesem Grunde ist es notwendig, dass vor dem Beginn der dritten Verhandlungsrunde am 12./13. März 2015 die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vor dem Landtag in Düsseldorf auf ihre berechtigten Forderungen lautstark hinweisen. Von Gelsenkirchen aus wollen wir gemeinsam mit der Bahn anreisen. Treffpunkt IG-Metall-Haus, Augustastraße, Gelsenkirchen, in Bahnhofsnähe.

Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker - Tarifticker



Auf ein Wort!

Der GEW-Stadtverband Gelsenkirchen gibt diese Zeitung zwei bis drei Mal jährlich heraus.

Dabei verfolgt er folgende Ziele:

- Die GEW-Arbeit in Gelsenkirchen soll dokumentiert werden.
- Auf Veranstaltungen der GEW soll hingewiesen und inhaltlich vorbereitet werden.
- Schließlich möchten wir eine Diskussion zu gesellschaftspolitischen Themen initiieren und dabei unseren Leserinnen und Lesern Hintergrundinformationen an die Hand geben, die man in den Leitmedien oft nicht findet.

Diese Zeitung nun weist schwerpunktmäßig auf die Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der TdL hin. Auch die zweite Verhandlungsrunde

am 26. und 27. Februar 2015 hat bei den Tarifverhandlungen keinen Durchbruch gebracht. Weder gibt es Fortschritte bei Lego noch haben die Arbeitgeber ein verhandlungsfähiges Angebot für die Gehaltserhöhungen gemacht.

Aus diesem Grund rufen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nach den vorangegangenen Warnstreiks erneut zu einem Aktionstag mit Arbeitsniederlegungen der Angestellten auf, um in Düsseldorf vor dem Landtag machtvoll zu demonstrieren. Wir in Gelsenkirchen sind der Meinung, dass sich die beamteten Kolleginnen und Kollegen (so sie es zeitlich einrichten können) an dieser Großkundgebung beteiligen sollten. Das gilt ganz besonders für die Lehrerinnen und Lehrer im Ruhestand. Gerade diese Gruppe hat die Landesregierung ins Auge gefasst, um die Ruhegehälter nach dem Tarifabschluss zu kürzen. Dagegen müssen wir aufstehen.

Das Streikbüro im IG-Metall-Haus an der Augustastraße ist wieder von 09:00 bis 10:00 Uhr geöffnet. Hier liegen auch die Listen aus, in denen sich die streikenden Angestellten eintragen können. Hier gibt es Frühstück und hier gibt es Fahrkarten, mit denen Ihr dann mit dem Zug zur Demo nach Düsseldorf fahren könnt.

Die dritte Verhandlungsrunde beginnt am 16. März 2015. Diese Demonstration vor dem Landtag muss schon gewaltig sein, wenn es uns gelingen soll, die Arbeitgeber am Verhandlungstisch zum Einlenken zu bewegen.

Karl-Heinz Mrosek

Jahreshauptversammlung am 27. Februar 2015 Nachlese

Am 27. Februar 2015 fand die diesjährige Jahreshauptversammlung statt. Aus redaktionstechnischen Gründen kann es hier nur einen kurzen Rückblick geben.

Die Jahreshauptversammlung war auch wieder Wahlversammlung. Folgende Kolleginnen und Kollegen sind für die nächsten drei Jahre gewählt bzw. wiedergewählt worden:

Leitungsteam:

Britta Logermann, Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium,
Lothar Jacksteit, PersR Grundschulen
Karl-Heinz Mrosek, Pensionär.

Kassierer: Detlef Seela

Schriftführerin: Fatime Yanaz

Stellv. Schriftführer: Gisela Barthelmes

Referent für Öffentlichkeitsarbeit: Karl-Heinz Mrosek

Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes wurde breit diskutiert. Schwerpunkte waren die Tarifverhandlungen, TTIP sowie die Artikel in GE-W 159 zur „Islamophobie, zum Vorschlag aus Ägypten, den Gazastreifen nach Westen hin zu erweitern und zum Artikel des Journalisten Henryk M. Broder aus der Weltwoche vom 11. September 2014 „SI statt IS“.

Zu diesen Themen hatte sich Rolf Jüngermann in einem Leserbrief kritisch geäußert. Diesen Leserbrief drucken wir in dieser Ausgabe an anderer Stelle ab. Wir haben ihn jedoch aus **redaktionellen Gründen** gekürzt.

Der ungekürzte Leserbrief lag bei der Versammlung aus und kann nach Rücksprache in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Inhalt

Auf ein Wort / Inhalt, Jahreshauptversammlung, am 27. Februar 2015	2
Metaller und Lehrer im Schulterschluss, Der DGB-Vorstand beschließt folgende Resolution	3
Man kann, darf, ja, man muss den Islam auch von links kritisieren, Leserbrief Rolf Jüngermann	4
Gerecht geht anders. Bildung ist Mehrwert! Finanzielle Abgeltung krankheitsbedingt nicht in Anspruch genommenen	5
Sportunterricht: Nach dem neuen Erlass zur Sicherheitsförderung, Vermietung von Parkplätzen an Schulen, Land will bei Beamten sparen 700 Millionen Euro	6
Besoldungs-/ Versorgungsrunde 2015 – Aufruf zum Engagement Ruheständler gefordert, Forderungen Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst	7
Anträge/Resolutionen	8
Tarifentwicklung im Öffentlichen Dienst im Vergleich, Presseinfo TdL: Bullerjan vermisst Realitätssinn	10-11
1. Mai 2015, Einladung zur Personalversammlung	12

In der GE-W 159 nahm der Artikel des Kollegen Jochen Bauer über TTIP breiten Raum ein. Jochen referierte zu diesem Thema und stellte die aktuelle Entwicklung dar. Verunsicherung auf Seiten der Bundesregierung, Ausweitung der europaweiten Kritik, Widerstand in anderen Ländern der EU, wie z. B. Österreich und Griechenland. In den nächsten Wochen wird der GEW-Landesvorstand sich verstärkt mit dieser Thematik auseinandersetzen. Wir rufen alle unsere Mitglieder und Leser dieser Zeitung auf, sich diesem Protest anzuschließen und nicht locker zu lassen.



Karl-Heinz Mrosek

Metaller und Lehrer im Schulterschluss 15.01.2015

Mit einer Resolution reagiert der Vorstand der IG Metall in Frankfurt und auf lokaler Ebene auf die „hasserfüllten Attentate von Paris“. Unser tiefes Mitgefühl, heißt es dort, „gilt den Angehörigen der Opfer. Diese menschenverachtenden Anschläge und Geiselnahmen sind Angriffe auf unsere demokratische Presse- und Meinungsfreiheit, sie fordern unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft heraus. Wir nehmen die Ängste von Menschen ernst und wissen darum, dass wir unsere Demokratie als tolerante und offene Gesellschaft verteidigen müssen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Respekt, Toleranz und Integration gelebt werden und nicht Angst und Misstrauen geschürt. Wir wollen eine weltoffene und tolerante Bundesrepublik, in der Menschen von unterschiedlicher Herkunft, Lebensstilen und Glaubensbekenntnissen frei, respektvoll, sicher und fair miteinander arbeiten und leben können“, so die Metaller.

„Als Lehrkräfte und Pädagogen in dieser Stadt arbeiten auch wir seit Jahrzehnten für die Ideale, die der Vorstand der IG Metall in seiner Resolution genannt hat“, betont Karl-Heinz Mrosek vom Gelsenkirchener Leitungsteam der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Entsprechend begrüße der Stadtverband „die Aussagen der Metallgewerkschafter“ und mache sie sich „zu eigen“. Mrosek: „Wir werden weiterhin für diese Positionen eintreten.“

Position des Stadtverbands

Die Anschläge auf Demokratie und Meinungsfreiheit, so die Gewerkschafter, verlangten „nach umsichtigen Reaktionen, die von einer wertebezogenen Politik geprägt sein müssen. Abschottung und fremdenfeindliche Bewegungen wie Pegida und ihre regionalen Ableger wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Sie belasten damit das Zusammenleben in unserer Gesellschaft schwer und schaden dem Ansehen Deutschlands.“ Wer mit diffusen Ängsten spiele, Intoleranz predige oder Fremdenfeindlichkeit schüre, für den habe die IG Metall keinerlei Verständnis.

Metaller und Lehrer im Schulterschluss - | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf:
<http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/metaller-und-lehrer-im-schulterschluss-aimp-id10237793.html#plx141949863>

DGB-Resolution Emscher-Lippe

Der DGB-Vorstand beschließt folgende Resolution

Ehrlichkeit und Transparenz sind in einer Demokratie wichtiger Bestandteil für die Bildung einer pluralistischen Gesellschaft. Die Wahrhaftigkeit steht in engem Zusammenhang mit dem Gemeinwohl.

Alle Landesbeamten haben geschworen, das ihnen übertragene Amt nach bestem Wissen und Können zu verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.

Maßstab für staatliches Handeln ist damit nicht dem Zeitgeist, vermeintlicher politischer Correctness, sondern Grundrechten, Recht und Gesetz verpflichtet. Hoheitsaufgaben werden ausschließlich von Hoheitsträgern ausgeführt. Es wird keine Gewalt akzeptiert, außer die des Staates, die durch die Judikative überprüfbar ist. Wir akzeptieren keine Einflussnahme der drei Gewalten außerhalb ihrer eigenen Zuständigkeit. Parlamentarier, als Teil der Legislative, üben keinen Einfluss / Druck auf die Arbeit der Verwaltung, als Teil der Executive, aus.

Wir wollen eine Gesellschaft des Miteinanders. Es gibt Menschen, die unsere Gesetze nicht achten, die unsere Gesellschaft nicht respektieren oder gar verachten. Probleme die in diesem Zusammenhang für die Gesellschaft entstehen und bereits entstanden sind, dürfen nicht ignoriert werden. Zur Wahrhaftigkeit gehört die offene Benennung von Problemen. Es darf nicht sein, dass die Mitte der Gesellschaft aus Angst vor Nachteilen oder Verleumdungen schweigt, statt Probleme zu benennen und Lösungsansätze zu erarbeiten.

Wir fordern:

- einen breiten Konsens, der die Arbeit der Landesbeschäftigten wieder wertschätzt und ihre Erfahrungen sowie Arbeitsbedingungen in allen künftigen politischen Entscheidungen einfließen lässt;
- Null Toleranz gegen jede physische und psychische Gewalt gegenüber Beschäftigten;
- alle Maßnahmen zu ergreifen, die wirksam diese Gewalt bekämpfen (z.B.: Meldeauflagen für gewalttätige ‚Fans‘, Unterstützung zur Einführung § 115 StGB);
- endlich ein Klima in den Behörden zu schaffen, die eine angstfreie Benennung von Problemen ohne Angst vor persönlichen oder beruflichen Nachteilen gestatten (Benachteiligungsverbot)

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88 **Tel.:** 0209 513759
45899 Gelsenkirchen **Fax:** 0209 514207

Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de

E-Mail: gew-ge@gmx.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 09:00 - 12:00 Uhr

Man kann, darf, ja, man muss den Islam auch von links kritisieren

Was ist bloß mit den Linken los? Also jetzt nicht mit der Partei von Gregor Gysi. Sondern mit der gefühlten linken Mehrheit in Deutschland. Was ist los mit jenen, die sich selbst als "links der Mitte", "linksliberal", "sozialdemokratisch" oder "sozialliberal" bezeichnen? Warum hört man von ihnen so gut wie kein kritisches Wort zum Thema Islam?

Man kann sich in diesem Land und in diesen Tagen sehr ärgern, wenn das heikle Gebiet der Islamkritik inzwischen fast ausschließlich den Pirinccis, Bachmanns und Ulfkottes auf der einen Seite, also den Scharfmachern, und den Todenhöfern, Mazyeks und Kaddors auf der anderen Seite, also den Verharmlosern, überlassen wird.

Die allermeisten, die sich medienwirksam mit dem Islam auseinandersetzen, stehen entweder auf der Payroll islamischer Einrichtungen und neigen deshalb zur Beschwichtigung, oder sie sympathisieren mit nationalrechten Bewegungen, wie der AFD oder Pegida und tarnen ihre Fremdenfeindlichkeit nur allzu gerne mit einer nicht näher definierten "Kritik am Islam".

Wo sind jene, die sich für Religionsfreiheit starkmachen und den Islam kritisieren?

Wo sind jene, die sich für Bildung und Erziehung starkmachen und den Islam kritisieren?

Wo sind jene, die sich für die Europäische Union starkmachen und den Islam kritisieren?

Aber vor Allem: wo sind jene, die Pegida und den Islam kritisieren?

Wo sind die hellen Köpfe, die sich aus einer linken Perspektive mit dem Islam auseinandersetzen und ihre kritische Meinung kundtun?

Linksdenkende Menschen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder mit heftiger Religionskritik hervorgetan. Aber warum richtete und richtet sich diese Kritik mit einer Lust immerzu an die Katholische Kirche oder, über den Umweg Israel, an das Judentum? Warum bleiben jene, die sonst nichts mit einem Gott, einer Kirche oder den Dogmen transzendental offenbarter Lehren zutun haben möchten erschreckend still, wenn es um die Religion Mohammeds geht? Gerade für links denkende und fühlende Menschen müsste das Thema Islam eine Herzensangelegenheit sein: die Unterdrückung der Frau in weiten Teilen der islamischen Welt, die Re-Religionisierung von weitgehend säkularen Gesellschaften im Westen durch den Islam, die andauernden Menschenrechtsverstöße in mehrheitlich islamischen Ländern, die Verfolgung Andersdenkender und Andersliebender in vom Islam dominierten Staaten – das alles müsste jedem Linken mehr als sauer aufstoßen.

Leider aber sehen Linksgesinnte in notwendiger Islamkritik in erster Linie nicht Religionskritik oder das Verfechten von universalen Menschenrechten, sondern eine Ablehnung gegenüber einer anderen Kultur. Und das wollen Linke nicht. Weil man - völlig zu recht - auf Multi- und Polykulti setzt.

Aber Islamkritik ist, wie auch der Islam selbst, das was man daraus macht. Überlässt man das Feld der Islamkritik dubiosen Verschwörungstheoretikern und zwielichtigen Agitatoren, braucht man sich nicht zu wundern, wenn am Ende ein Rechtsruck in der Gesellschaft und eine Verrohung des Diskurses stattfindet.

Karl-Heinz Mrosek

----- Leserbrief -----

Rolf Jüngermann

Weshalb ich mich zu Wort melde:

Mich beunruhigt der tendenziell islamfeindliche und damit migrantenfeindliche, ausländerfeindliche Tenor in Teilen der Zeitung unseres Stadtverbands vom Januar 2015, der zu Tage tritt a) in dem Kommentar von Koll. K.H. Mrosek auf Seite 2 und b) in der Materialsammlung auf S. 13 der Zeitung GE-W 159.

zu a) Der Autor bekennt: angesichts bestimmter Entwicklungen „... muss man geradezu islamophob sein.“ (rechte Spalte oben). Er bringt im Folgenden bestimmte negative Erscheinungen in ursächlichen Zusammenhang mit der Religion des Islam, darunter auch Terroranschläge und das Kalifat des IS. Dass diese nur vordergründig religiöse Beweggründe haben, dass hier wie so oft soziale Probleme auf die ethnische und religiöse Ebene verlagert werden, dass deren Ursprung in erster Linie in der Politik des westlichen – insbesondere des US-Imperialismus der letzten Jahrzehnte (bis hin zur Gründung, Finanzierung und Bewaffnung solcher Gruppen) zu sehen ist, dass eine verfehlte Einwanderungspolitik, Diskriminierung und Ghettoisierung gerade auch von Muslimen in den europäischen Ländern dabei eine große Rolle spielen, wird ausgeblendet. Mit der Rolle eines Aufklärers, die der Autor ausdrücklich für sich in Anspruch nimmt, verträgt sich dieses Vorgehen nicht. Und sie verträgt sich auch nicht mit der Position der Gewerkschaften in diesen Fragen. (...)

zu b) Dazu passt das auf der Seite 13 der Zeitung verbreitete Material. Es stammt komplett aus der Organisation (dem Blog) „Die Achse des Guten“. An erster Stelle wäre da Henryk M. Broder zu nennen (...) einer der einflussreichsten Betreiber der „Achse des Guten“. (...) In unserer GEW-Zeitung werden Positionen dieses Herrn Broder zustimmend verbreitet und er selbst freundlich verbindlich lächelnd im Bild präsentiert.

Was mich letztendlich vor allem dazu bewogen hat, diese Zeilen zu schreiben, ist das Material „Ein hervorragender ägyptischer Vorschlag“ auf Seite 13. Dass in der Zeitung unserer GEW ein Vorschlag popularisiert, (...) – das Palästinensische Volk auf fremdes Territorium umzusiedeln (...), ist unerträglich und schockierend, ist von einer Art, dass man dazu nicht schweigen kann. Wie wäre es denn statt Ägypten mit Madagaskar? Ein neuer Madagaskarplan! Die Idee gab es doch schon einmal in einem besonders verbrecherischen Abschnitt unserer Geschichte. Mir fallen in dem Zusammenhang aber auch noch andere Vorschläge und andere Orte ein.

Rolf Jüngermann

Finanzielle Abgeltung krankheitsbedingt nicht in Anspruch genommenen Urlaubs

Fragen des Urlaubs für Nordrhein-Westfälische Beamte werden in der Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW (FrUrlV NRW) geregelt. Auf Grund eines Urteils des EUGH wurde das Land Nordrhein-Westfalen ebenso wie die anderen Bundesländer und der Bund verpflichtet, eine Regelung zur finanziellen Abgeltung zu schaffen, wenn der Mindesturlaub bei Beendigung des Beamtenverhältnisses krankheitsbedingt nicht genommen werden konnte.

Diese neue Regelung ist als § 19 a in die Verordnung eingefügt worden. So heißt es dort:

„(1) Bei Beendigung des Beamtenverhältnisses ist der krankheitsbedingt ganz oder teilweise nicht in Anspruch genommene Mindesturlaub von 20 Arbeitstagen pro Urlaubsjahr (...), von Amtswegen abzugelten (...) dem Mindesturlaub von 20 Arbeitstagen liegt eine 5-Tage-Woche zugrunde. Darüber hinaus gehende etwaige Erholungsurlaubs- oder Zusatzurlaubsansprüche werden nicht abgegolten. Entsprechend entsteht ein finanzieller Abgeltungsanspruch auch vom Zeitpunkt des Eintritts in Freistellungsphasen unmittelbar vor Beendigung des Beamtenverhältnisses.“

Die Bezirksregierung Münster wird von alleine tätig. Dennoch ist es ratsam, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Dieser könnte das Verfahren beschleunigen und verhindert, dass es hier zu einem Verfall des Anspruches kommt.

Musteranträge können im GEW-Büro, Essener Straße oder bei den Personalratsmitgliedern angefordert werden.

Karl-Heinz Mrosek

Tarifrunde TV-L 2015

Gerecht geht anders. Bildung ist Mehrwert!

Wir kämpfen für:

Eine gerechte Entgeltordnung (L-EGO)!

Seit 2006 kämpfen wir für eine Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-EGO). Ergebnis bisher: hartnäckige Verweigerung der Arbeitgeber! Seit September 2014 laufen ernsthafte Verhandlungen. Die Mindestforderungen der GEW sind dabei:

- eine tarifvertragliche Regelung zum Entgelt und Verbesserung der Eingruppierung!
- die Ost-West-Angleichung der Gehälter!
- keine Lehrkraft darf unter EG 9 eingruppiert werden!

Wir fordern: Eine L-EGO, die bessere Eingruppierung für tarifbeschäftigte Lehrkräfte schafft!

Eine Entgelterhöhung um 5,5 Prozent!

In den letzten fünfzehn Jahren sind die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst unterdurchschnittlich gestiegen. Profittiert haben nur die Einkommen von Unternehmen und Vermögen. Das machen wir nicht länger mit.

Wir fordern: Eine Entgelterhöhung um 5,5 Prozent, mindestens jedoch um 175 Euro bei Laufzeit von 12 Monaten!

Den Erhalt der Leistung in der Zusatzversorgung!

Die Arbeitgeber fordern erhebliche Einschnitte bei den Leistungen der zusätzlichen Altersversorgung (VBL). Ihr Argument: Alle werden älter, wir können das nicht bezahlen. Wir halten dagegen: Das Rentenalter wurde drastisch erhöht!

Wir fordern: Hände weg von der VBL, wir wollen keine Leistungsver schlechterung!

Eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten!

Den Ausschluss sachgrundloser Befristungen!

Klar bleibt: Wir stehen vor großen Herausforderungen und dafür brauchen wir weiterhin Unterstützung! Wir haben nichts zu verschonen, denn Bildung ist Mehrwert und muss auch entsprechend bezahlt werden!

Eine hohe Beteiligung an der kommenden Aktion und möglichen Warnstreiks in der Tarifrunde 2015 wird entscheidend sein.

Gerecht geht anders!

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Dritte Verhandlungsrunde:

16./17. März 2015 Warnstreiks möglich!

Presseerklärung der GEW in Gladbeck

Vermietung von Parkplätzen an Schulen

Die Stadt Gladbeck hat beschlossen, Beschäftigte an Schulen von der Lehrkraft bis zum Hausmeister mit Parkgebühren zu belegen. Alle Beschäftigten, die mit dem Auto zur Schule kommen um dort zu arbeiten, sollen einen Parkplatz anmieten. Kosten: 20 Euro pro Monat, 12 mal im Jahr. Sie sollen damit das Recht erhalten in der Zeit von 7 Uhr bis 17 Uhr parken zu dürfen. Die GEW in Gladbeck lehnt diese Pläne ab und fordert alle Betroffenen auf, sich dagegen zu wehren und eine Anmietung zu verweigern.

In Ballungsräumen müssen auch heute schon Lehrkräfte Parkgebühren bezahlen, wenn sie auf öffentlichen Parkplätzen parken. Außerhalb der Innenstadt wo auch auf öffentlichen Parkplätzen keine Parkkosten anfallen, weil man zum Beispiel an der Straße parken kann, werden aber jetzt für Beschäftigte in den Schulen Parkgebühren erhoben. Dieses ist nicht einzusehen. Die Stadt macht es, weil die Bezirksregierung Münster ihren Haushalt kontrolliert und Druck macht, ihre Einnahmen zu erhöhen. Im Endeffekt sollen die Arbeits-

kräfte an den Schulen neue Kosten, wie z.B. Inklusionaufgaben bezahlen.

Gehen wir von einer Schule wie der Gesamtschule Gladbeck aus, hier sind ca. 100 Personen beschäftigt. Die Parkbewirtschaftung würde ein Mietaufkommen von 24000 Euro im Jahr bedeuten. Interessant wäre die Hochrechnung, wie viele Millionen an Einnahmen sich die Stadt insgesamt davon verspricht. Nein, hier wollen wir Einhalt gebieten.

Die GEW Gladbeck fordert die Beschäftigten auf, sich auf diese Kostenregelung nicht einzulassen, sondern alternative Parkmöglichkeiten zu nutzen und gegebenenfalls auch Fußwege in Kauf zu nehmen.

Heute ist es die Parkgebühr für Lehrer. Und was kommt dann? Gebühr für Toilettenbenutzung oder Garderobengebühr?

Wir wissen, dass die Stadt wenig Geld hat und letztlich die Bezirksregierung den städtischen Haushalt bestimmt. Wir wissen auch, dass seitens des Bun-

des und des Landes immer wieder Lasten auf die Gemeinden verlagert werden, wie zum Beispiel bei der Inklusion. Hier tragen die Lehrer eine gewaltige Last. Müssen sie diese Aufgaben aber auch noch selbst bezahlen?

Die GEW sagt nein. GEW Gladbeck

Ruhr-Nachrichten vom 22. Januar 2015

Land will bei Beamten sparen 700 Millionen Euro

DÜSSELDORF.

SPD und Grüne wollen in diesem Jahr 155 Millionen Euro bei den Stellen im öffentlichen Dienst des Landes sparen. Das dann erreichte Niveau soll mindestens bis 2018 gehalten werden. Das sagten die Vorsitzenden der Regierungsfractionen gestern in Düsseldorf. Wo im Stellenplan genau gestrichen wird, teilten sie nicht mit.

Bei den Beamten sollen die Einsparungen bis 2017 auf 700 Millionen Euro wachsen. Wie das erreicht werden könne, hänge vom Ergebnis der Tarifverhandlungen ab. *dpa*

Info Sportunterricht



Nach dem neuen Erlass zur Sicherheitsförderung: Ministerium rudert zurück!

Anfang Februar am 02.02.2015, hatte die Presse darüber informiert, welche Kolleginnen und Kollegen nach dem neuen Sicherheitserlass für den Schulsport noch Sport unterrichten dürfen. Danach hätte an vielen Schulen der Sportunterricht in Zukunft ausfallen müssen, weil nicht genug ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Nach vielen Protesten, auch von GEW Personalräten, rudert das Ministerium nun zurück.

In einer E-Mail an die Schulen heißt es:

„Unabhängig davon können alle Lehrerinnen und Lehrer, die bisher Sport unterrichtet und sich bewährt haben dies auch weiterhin tun.“ Diese Mitteilung des Ministeriums an die Schulen hat Erlasscharakter. Diese Klarstellung ermöglichtes, erst einmal, den Sportunterricht weitgehend so weiter zu führen wie bisher.

Bei fachfremd erteiltem Sportunterricht sollte die Schulleitung prüfen, ob die "Bewährung" und damit die notwendige Qualifikation vorliegt.

(Aber Achtung, die Verantwortung liegt nun allein bei der Schulleitung.)

Unabhängig davon werden Ihre gewählten GEW Personalräte bei der Bezirksregierung mehr Sportfortbildungen einfordern, um einen qualifizierten Sportunterricht sicherzustellen. Die GEW und Ihre Personalräte unterstützen und beraten Sie!

(Mr.)

Für neue Lehrkräfte gelten die neuen Voraussetzungen.

Die Rettungsfähigkeit für den Schwimmunterricht sollte geprüft werden, bzw. muss ab 2016 alle vier Jahre erneut nachgewiesen werden.

Alle Lehrkräfte, die Sport unterrichten, müssen einen Erste-Hilfe-Kurs nachweisen, der nicht älter als vier Jahre sein darf.

Besoldungs-/ Versorgungsrunde 2015 – Auwfruf zum Engagement Ruheständler gefordert

Alle zwei Jahre steht die GEW gemeinsam mit den anderen öffentlichen Dienstgewerkschaften vor der wichtigen Aufgabe, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu einem Arbeitskampf zu mobilisieren. Dies ist notwendig, um die Verhandlungen zu mehr Geld im monatlichen Portmonee auch erfolgreich führen zu können. Wenn die Länderarbeitgeber die Forderungen der Gewerkschaften abwehren mit der üblichen Begründung der „schlechten Haushaltslage“, dann kann eine Gewerkschaft im Gegenzug nur mit der Mobilisierungsfähigkeit und der Arbeitskampfbereitschaft der Beschäftigten diese Verweigerungshaltung durchdringen. Argumente helfen leider in solchen Verhandlungen nur wenig. Nur wenn der Verhandlungsführer, Kollege Bsirske, auf Seiten der Gewerkschaften mit der Arbeitskampfbereitschaft kontern kann, können wir sowohl im Tarifbereich, wie aber auch im Besoldungs- und auch im Versorgungsbereich bessere Ergebnisse erzielen.

Die Grundlage für die Besoldungsrunde und ein Teil der Forderungen in der Tarifrunde ist die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Besoldung aber auch auf die Versorgung. Wie ihr wisst, hat dies in der letzten Tarif-/Besoldungsrunde im Jahr 2013 nicht so wie in den Jahren davor, funktioniert. Das Land NRW u.a. ist der Auffassung gewesen, dass bestimmte Besoldungsgruppen eine Nullrunde erfahren sollten. Das hat dann auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger getroffen. Wir sind gegen diese Entscheidung demonstrativ und juristisch angegangen und haben letztlich vor dem Verfassungsgerichtshof für das Land NRW in Münster Erfolg gehabt. Daraufhin hat dann die Landesregierung mit den Spitzen der öffentlichen Dienstgewerkschaften des DGB und des DBB Gespräche geführt und das verfassungswidrige Besoldungsgesetz aufgehoben und ein neues deutlich verbessertes Gesetz beschlossen. Damit konnte letztendlich eine Übertragung, zumindest teilweise, der Tarifergebnisse von 2013 auf die Besoldung sowie die Versorgung erreicht werden.

Der Verfassungsgerichtshof NRW hat jedoch, leider, dem Landesgesetzgeber eine Möglichkeit eröffnet, die sich insbesondere gegen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger richtet und die wir insbesondere auch in dieser Besoldungsrunde abwehren müssen. Das Gericht hat in seiner Entscheidung die bisherige Gleichbehandlung zwischen Besoldung und Versorgung infrage gestellt: „Die amtsangemessene Versorgung kann sich auch an den Einkommensverhältnissen der Rentenempfänger orientieren, allerdings sind die strukturellen Unterschiede zwischen den verschiedenen Systemen der Altersversorgung zu beachten“. Dies bedeutet letztendlich, dass ein Gesetzgeber nach einer Tarifrunde Besoldungsempfängerinnen und -empfängern mehr übertragen muss als Versorgungsempfängerinnen und -empfängern.

Der GEW-Landesverband will deshalb auch Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger aufrufen, die Aktionen der GEW zu unterstützen und ebenfalls mit auf die Straße zu gehen und die Gleichbehandlung in der Besoldungs- und

Versorgungsrunde zu fordern. Gerade viele aktive Beamtinnen und Beamte im Schuldienst haben naturgemäß wenige Möglichkeiten, sich an Demonstrationen der GEW im Vormittags- oder Mittagsbereich zu beteiligen. Es ist bei Aktionen aber immer wichtig, dass viele Kolleginnen und Kollegen zu sehen sind. Deshalb ist jeder Beitrag hierzu wichtig und gut.

Sebastian Krebs Stellvertr. Vorsitzender
Ute Loren Referentin für Dienst- und Versorgungsrecht
Joyce Abebrese Referentin für Tarifpolitik
Betty Deicke Ruheständlerausschuss

Tarifverhandlungen DGB schaltet sich ein



Andreas Meyer-Lauber Vorsitzender

Forderungen Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst

Sehr geehrter Herr Minister,

für die anstehende Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder erheben die DGB-Gewerkschaften folgende Forderungen:

- Gehaltssteigerung von 5,5 %, mindestens 175,00 Euro,
- tarifliche Eingruppierung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer,
- Anhebung der Ausbildungsvergütungen um monatlich 100,00 Euro,
- verbindliche Übernahme der Auszubildenden,
- 30 Tage Erholungsurlaub für Auszubildende, Ausschluss sachgrundloser Befristungen.

Wir gehen von 12-monatigen Laufzeit und einer zeit- und inhaltlichen Übertragung des Verwaltungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten aus.

Mit freundlichen Grüßen
Andreas Meyer-Lauber
Vorsitzender

Impressum

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen, Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen
Redakteur: Karl-Heinz Mrosek
v.i.S.d.P.: Karl-Heinz Mrosek, GEW-Stadtverband Ge. Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen
Layout: Christine Steinchen
Druck: Firma Blömeke SRS GmbH, Resser Str. 59, 44653 Herne
Auflage: 4.000 Exemplare



Vertretungsreserve für Fortbildungsbesuch

Die Personalversammlung appelliert an die Landesregierung, Mittel bereitzustellen, um eine Vertretungsreserve zur Deckung anstehender Fortbildungsbedarfe einzurichten.

Begründung: Lehrkräfte sind gemäß § 11 ADO bzw. § 57 SchulG-NRW verpflichtet, an Fortbildungen teilzunehmen. Die Teilnahme setzt voraus, dass kein Unterricht ausfällt. Dies ist in der Praxis nahezu unmöglich.

Entlastung im Alter

Der Personalrat möge sich dafür einsetzen, dass die Ermäßigung der Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden aus Altersgründen in der BASS 11-11 Nr. 1 §2 Absatz 2 an die erhöhte Lebensarbeitszeit in folgender Form angepasst werden:

- Zu Beginn des Schuljahres in dem das 50. Lebensjahr vollendet wird 1 h
- Zu Beginn des Schuljahres in dem das 55. Lebensjahr vollendet wird 3 h
- Zu Beginn des Schuljahres in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird 6 h
- Zu Beginn des Schuljahres in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird 10 h

Begründung: Die Lebensarbeitszeit wird sukzessive auf 67 Jahre angehoben. In der Vergangenheit sind Entlastungstatbestände ab 55 eingeräumt worden, um die Regelaltersgrenze erreichen zu können. Diese sind nicht mehr zeitgemäß und müssen auf die Belastungen der heutigen Zeit angepasst werden.



Dienstrechtsreform

Die Personalversammlung appelliert an die Landesregierung, bei der anstehenden Dienstrechtsreform die Eingangsbesoldung aller Lehrämter auf A13 festzulegen.

Begründung: Alle Lehrämter haben in NRW die gleiche Regelstudienzeit und jeder Studiengang schließt mit dem Master ab. Aufgrund der gleichen Qualifikation darf es zukünftig keine Ungleichbehandlung bei dem Eingangsamt geben.

Ganztägige SchILF für Supervision

Die Personalversammlung fordert die Landesregierung auf, in einem Präventionskonzept zum Erhalt der Lehrergesundheit Supervision als regelmäßiges Instrument, im Rahmen einer zusätzlichen ganztägigen schulinternen Lehrerfortbildung einzusetzen.

Begründung: Vor dem Hintergrund großer Klassen, Umsetzung von Inklusion und Bildungsstandards, enormer sozialer Probleme, sowie die besonderen Anforderungen durch Zuwanderung sind Gelsenkirchener Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen exorbitant gefordert und extrem belastet.

Dadurch sind die Beschäftigten im Schulbereich einem hohen psychosozialen Druck tagtäglich ausgesetzt. Der Schulalltag bietet keine Freiräume, um sich professionell mit dieser dramatischen Herausforderung auseinanderzusetzen. Supervision kann helfen Burnout vorzubeugen, mit Stress besser umzugehen, neue Perspektiven zu entwickeln und zu entdecken, Teamkonflikte zu bewältigen, Arbeitszufriedenheit zu gewinnen, Handlungskompetenzen zu erweitern etc.

Erhöhung der Anrechnungsstunden für die Grundschule

Der Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen möge sich dafür einsetzen, dass die Anrechnungsstunden zum Ausgleich für die Wahrnehmung besonderer schulischer Aufgaben, zum Ausgleich besonderer schulischer Belastungen und für weitere gesetzliche Aufgaben (Lehrerrat, Ansprechpartner für Gleichstellungsfragen) in der Grundschule auf mindestens eine Stunde pro Grundstelle erhöht wird, damit alle gesetzlichen Aufgaben und außerunterrichtlichen Tätigkeiten pflichtgemäß im Rahmen der Arbeitszeit erfüllt werden können.

Begründung: Besonders an Grundschulen mit in der Regel kleineren Kollegien hat die Belastung aus zusätzlichen Aufgaben pro Lehrkraft zu einer nicht mehr länger hinnehmbaren Belastung geführt.

Die jetzige Regelung führt zu einer so geringen Zahl an Anrechnungsstunden, dass es oft zu unwürdigen Konkurrenzsituationen hinsichtlich der Bedeutung und Gewichtung einzelner Aufgaben kommt. Die Situation wird sich weiter verschärfen durch Einführung der „Selbstständigen Schule“. Im Sinne der nachhaltigen Erhaltung der Gesundheit ist die geforderte Entlastung dringend nötig.

Fortbildungen vor Umsetzung von Reformen

Die Personalversammlung von Gelsenkirchen fordert den Arbeitgeber auf, zukünftig vor Einführung von Neuerungen die Beschäftigten durch adäquate Fortbildungsmodulen auf neue Herausforderungen vorzubereiten.

Begründung: Professionelles Handeln setzt entsprechendes Know how voraus. In NRW hat man in der Vergangenheit den entgegengesetzten Weg gewählt. Oft sind Neuerungen eingeführt worden, bevor entsprechende Fortbildungen besucht werden konnten.

Stundenentlastung für Präventionsangebote

Die Beschäftigten der Gelsenkirchener Grundschulen appellieren an den Arbeitgeber, für die Wahrnehmung von Präventionsangeboten mindestens 2 Entlastungsstunden bereitzustellen.

Begründung: Mit zunehmendem Alter stellen sich schulspezifische Krankheitsbilder ein. Diesen kann durch gezielte Präventionsprogramme vorgebeugt werden. Die Teilnahme an diesen förderlichen Konzepten wird mit mindestens 2 Entlastungsstunden unterstützt.



Kein Kind zurücklassen

Die Personalversammlung fordert die Landesregierung auf, die Mittel für das Programm „Kein Kind zurücklassen“ aufzustocken und für Fördermaßnahmen bereits im Kindergarten- und Primarstufenalter zur Verfügung zu stellen.

Begründung: Die pädagogischen Systeme sind in Gelsenkirchen derart stark herausgefordert (z.B. Zuwanderung und Inklusion), dass die Ressourcen nur noch für die Grundbedürfnisse reichen. In Gelsenkirchen verlassen immer noch 10% der Schülerinnen und Schüler eine Schule ohne Abschluss (2014: ca. 200). Dieser Anteil ist zu hoch, spiegelt aber die dramatische Lage Gelsenkirchens wieder. Die sozialen Folgekosten für NRW betragen nach Prognos-Studie jährlich 23,6 Mrd. €. Das Projekt „Kein Kind zurücklassen“ stellt aber nur 32.000 bis 64.000 € im Jahr pro Kommune für den Mehraufwand zur Verfügung. Ohne ernsthaften politischen Willen, entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen läuft Gelsenkirchen Gefahr, „Jedes Kind zurücklassen“ zu müssen.

Zurücknahme der Kostendämpfungspauschale

Der Personalrat möge sich dafür einsetzen, dass die Kostendämpfungspauschale für Beihilfeberechtigte zurückgenommen wird.

Begründung: Pauschalierte Eigenbeteiligungen an den Krankheitskosten wirken sich als Besoldungskürzungen aus. Der Gesetzgeber hat dafür Sorge zu tragen, dass die Beamtenbesoldung nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt wird. Die Streichung der Kostendämpfungspauschale wäre dafür ein geeignetes Instrument.



Anhebung der Leitungszeit

Die Personalversammlung fordert eine deutliche Erhöhung der Leitungszeit an Schulen.

Begründung: Der Verwaltungsaufwand, sowie die Zunahme weiterer Aufgaben ist für Schulen enorm gestiegen. Der „Entwurf einer Änderungsverordnung für das Schuljahr 2015/2016“ ist hinsichtlich des § 5 (Leitungszeit) zwar ein Schritt in die richtige Richtung, muss aber für die Folgejahre weiter ausgebaut werden.

Übertragung der Tarifergebnisse

Die Personalversammlung fordert die Landesregierung auf, die Tarifergebnisse zeit- und wirkungsgleich auf alle Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Begründung: In vielen Branchen, so auch für die Tarifbeschäftigten des Landes NRW sind neue Tariflöhne verhandelt worden. Damit die Beschäftigten im Beamtenverhältnis nicht von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt werden und der öffentliche Dienst seine Attraktivität nicht weiter einbüßt, ist eine Übernahme der Ergebnisse erforderlich.



Tarifentwicklung im Öffentlichen Dienst im Vergleich

Vergleich der Tarifentwicklung im Öffentlichen Dienst (zuletzt: Bereich Länder) mit der Tarifentwicklung im Bereich der IG Metall und mit den Teuerungsraten seit 1993.

Ich will euch kämpfen sehen!

Die Delegierten des Gewerkschaftstages 2013 in Wuppertal dürften noch eindrucksvoll in Erinnerung haben, wie in Sachen Tariflohnerhöhung und Lehrerentgeltordnung **Guntram Schneider** uns lautstark entgegen gehalten hat: „**Ich will euch kämpfen sehen!**“ Die Worte des Ministers müssen uns in dieser Tarifrunde Ansporn sein, denn ohne kraftvolles Auftreten werden wir nichts erreichen.

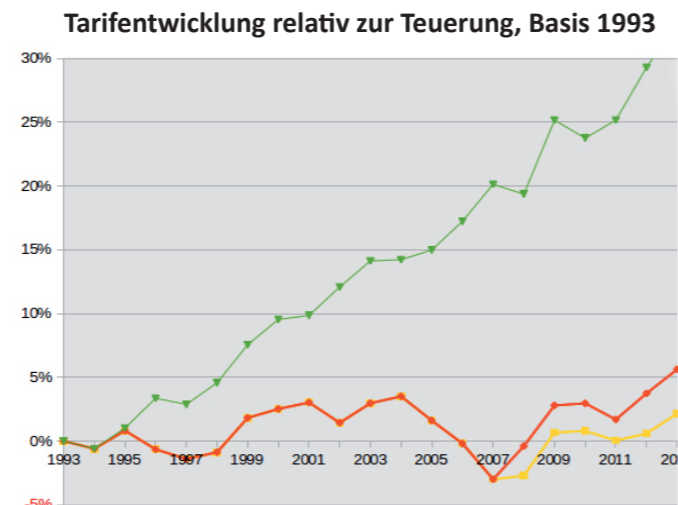
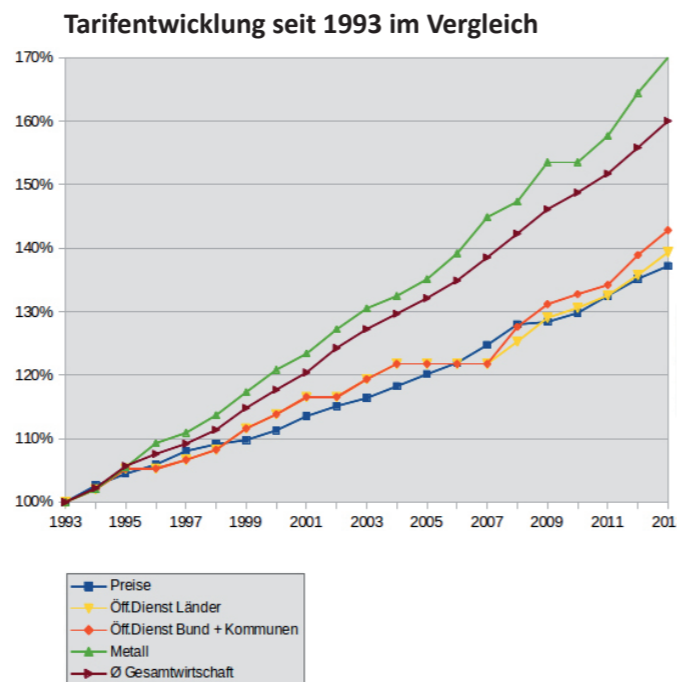
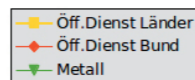
Interessant ist in einem völlig anderen Zusammenhang, wie schnell das Ministerium reagieren kann, wenn Kolleginnen und Kollegen dem Aufruf der Gewerkschaft in punkto Sportlerlass folgen. In der jetzigen **Arbeitskampfphase** ist es enorm wichtig, sich genau dies vor Augen zu halten. Jeder, Tarifbeschäftigter und Beamter, wird benötigt, wenn es nicht zu weiteren Verschlechterungen kommen soll.

Ein vergleichender Blick verdeutlicht, wie wir Landesbeschäftigten in NRW nach und nach von den **Gehaltsentwicklungen** abgehängt werden. Ausgehend von den Tariflöhnen im Jahr 1993 sind die Gehälter für die **Landesbeschäftigten** bis heute (Daten bis 2013) quasi prozentual mit der Teuerungsraten gestiegen (d.h. Lohn 1993 + ca. 40%). Die Löhne der Gesamtwirtschaft haben aber im gleichen Zeitraum um etwa 60% zugelegt.

Selbst die Bundesbeschäftigten haben zuletzt eine positivere Lohnentwicklung vorzuweisen, als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Ländern.

Nimmt man die Teuerungsraten stärker in den Focus, wird schnell deutlich, dass von einer angemessenen Bezahlung nicht mehr gesprochen werden kann. Der Landesarbeitgeber sorgt gerade dafür, dass seine Beschäftigten den Status quo von 1993 in etwa halten können. Die Preise sind von 1993 bis 2013 um ca. 35% gestiegen. Die Arbeitskämpfe in der Gesamtwirtschaft haben im gleichen Zeitraum zu Abschlüssen geführt, die ca. 25% über der allgemeinen Teuerung liegen. Die Metallindustrie liegt sogar mit mehr als 30% darüber.

Tarifdaten: Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Tarifarchiv



Bullerjahn vermisst Realitätssinn; Gewerkschaften fordern bis zu 11 % mehr Lohn

18.12.2014

Zur heute veröffentlichten Forderung der Gewerkschaften von 5,5 % mehr Lohn – mindestens aber 175 Euro monatlich mehr – für die Beschäftigten der Länder erklärte Jens Bullerjahn, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und Finanzminister Sachsen-Anhalts:

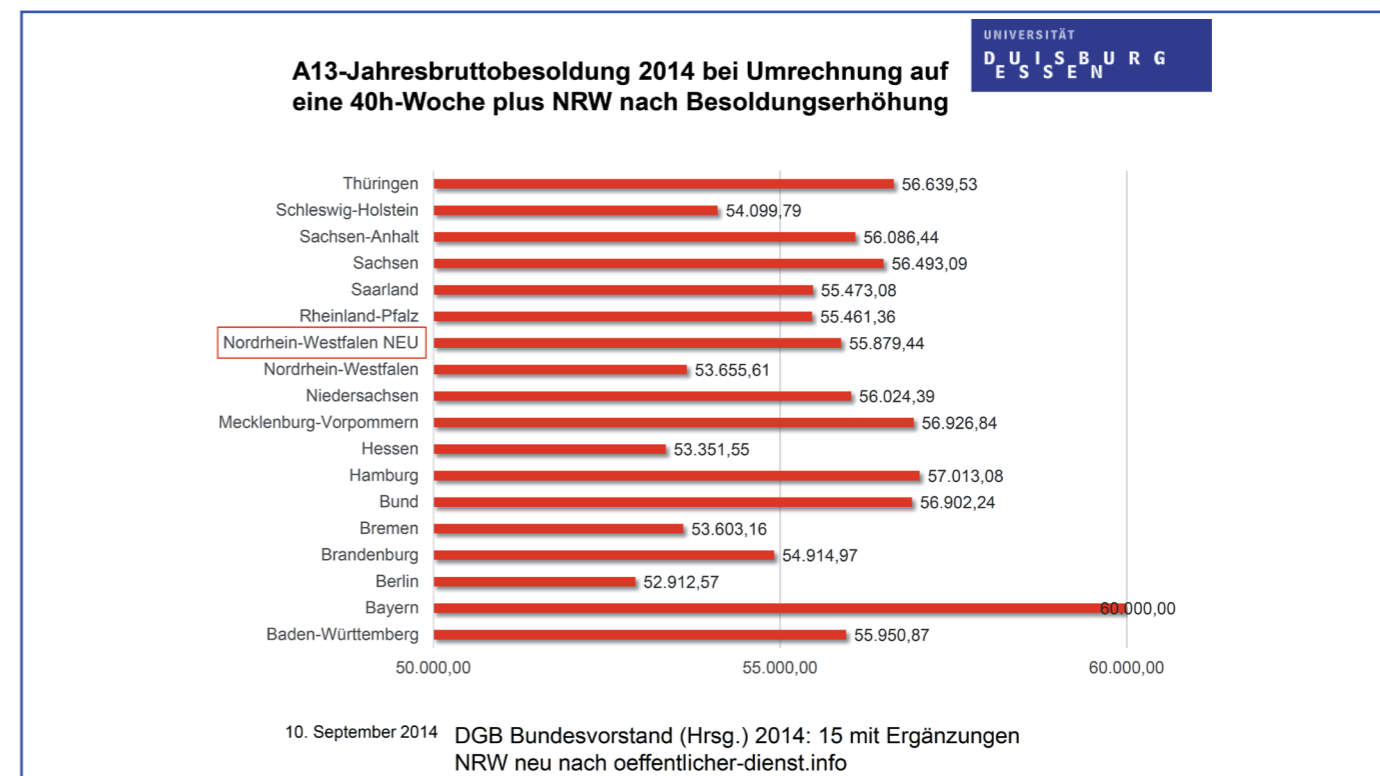
„Die Länder mühen sich seit Jahren ihre Haushalte in den Griff zu bekommen. Die heute geforderte lineare Anhebung der Gehälter im öffentlichen Dienst um 5,5 % würde für die 15

Mitgliedsländer der TdL Mehrkosten von 2,1 Milliarden Euro bedeuten – allein für die Tarifbeschäftigten. Kämen dann die Beamten hinzu, wovon die Gewerkschaften ja auch ausgehen, erhöhen sich die Mehrkosten auf insgesamt mehr als 6,5 Milliarden Euro!

Der geforderte Mindestbetrag von 175 Euro mehr monatlich bedeutet in den unteren Einkommensgruppen eine Lohnerhöhung von bis zu 11 %. Bei einer Inflationsrate von zuletzt 0,6 % lassen die Gewerkschaften hier jeden Realitätssinn vermissen. Wer möchte, dass die Bundesländer die Schuldenbremse einhalten und wer gleichzeitig möchte, dass die Länder weiter auf hohem Niveau investieren – zum Beispiel in gute Bildung – der kann diese Forderung nur rundweg ablehnen.“

Beamte in den Ländern sind davon unterschiedlich stark betroffen. Hätten die DGB-Gewerkschaften und die Opposition des NRW-Landtages nicht über Rechtsverfahren eine Übertragung der Tarifergebnisse von 2013 erwirkt, dann würde NRW heute im Ländervergleich an viertletzter Stelle bei der Besoldung stehen. Die „verspätete“ Besoldungserhöhung 2014 bringt NRW gerade auf den 9. Platz. Hierdurch konnte der

Attraktivitätsverlust im öffentlichen Dienst des Landes NRW etwas abgemildert werden. Die Beamten sind in dieser Tarifrunde zur uneingeschränkten Solidarität mit ihren tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen herausgefordert. Zumal es die Tarifbeschäftigten sind, die auf der Straße die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Abschlüsse für die Beamten fordern.



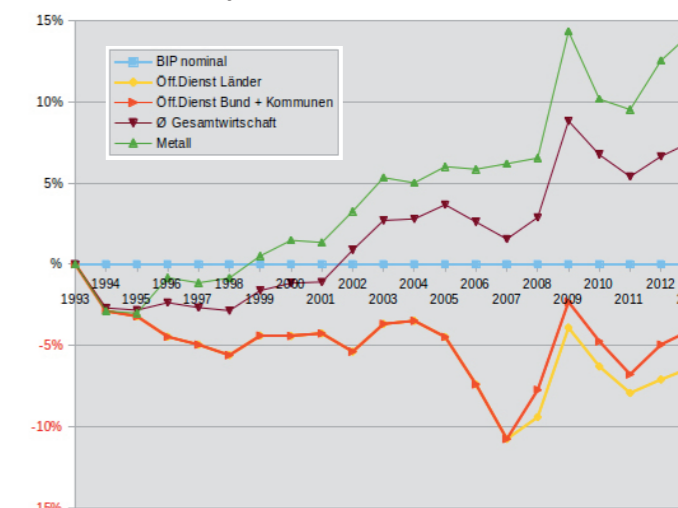
10. September 2014 DGB Bundesvorstand (Hrsg.) 2014: 15 mit Ergänzungen NRW neu nach oeffentlicher-dienst.info

DGB Bundesvorstand (Hrsg.) 2014: 15 mit Ergänzungen NRW neu nach oeffentlicher-dienst.info

Die IG Metall ist in dieser Tarifrunde mit einer Forderung von 5,5% mehr Lohn angetreten. Die **Forderung der GEW** für einen ähnlichen Lohnabschluss ist **absolut notwendig**, um nicht noch weiter abgehängt zu werden. Völlig unverständlich ist die Pressemitteilung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), in der Verhandlungsführer Bullerjahn den Gewerkschaften den Verlust des Realitätssinns vorwirft (siehe Auszug des Artikels in der Info-Box).

Die zuvor gezeigten Tabellen machen deutlich, dass nicht die Gewerkschaften bzw. wir Landesbeschäftigten den Realitätssinn verloren haben. In den vergangenen Jahren sind von den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern sehr moderate Abschlüsse akzeptiert worden. Auch das **Forderungspaket 2015** mit 5,5% Entgelterhöhung, mindestens aber 175 € monatlich, ist auf Grundlage der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung seit 1993 als sehr zurückhaltend einzustufen. Dies zeigt sehr eindrucksvoll ein Vergleich der Tarifentwicklung mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

Tarifentwicklung relativ zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts



Tarifdaten: Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Tarifarchiv

Deutlich wird: Die Löhne der Gesamtwirtschaft haben sich positiv und die der Landesbeschäftigten negativ entwickelt. Es ist an der Zeit, dass wir aufstehen! Wir können nicht im Klassenraum die Verbesserung unserer Bedingungen erwirken. Alleine geht das schon gar nicht. Eine **starke GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG** ist erforderlich. In der GEW sind die meisten Tarifbeschäftigten aus dem Schulbereich organisiert. Nicht ohne Grund verweist der VBE seine Mitglieder auf die

GEW-Warnstreikveranstaltungen. Der VBE ist eben keine Tarif-Gewerkschaft, sondern ein Verband.

Es macht Sinn, sich in diesem Arbeitskampf der GEW-Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Nur in der Bildungsgewerkschaft GEW sind Tarifbeschäftigte und Beamte aus allen Bildungsbereichen politisches Sprachrohr für alle Belange.

Jetzt Mitglied werden und gemeinsam kämpfen!

Lothar Jackstein

1. Mai 2015

Das Motto lautet dieses Jahr:

Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!

Und wir treffen uns wieder zur
Demonstration und Kundgebung in Gelsenkirchen
mit der stellvertretenden DGB-Bundesvorsitzenden Elke Hannack

**BYE-BYE,
BURN-
OUT!**

DIE ARBEIT DER ZUKUNFT
GESTALTEN WIR!
1. MAI 2015

DGB.DE

**AHOI,
MIT-
BESTIM-
MUNG!**

DIE ARBEIT DER ZUKUNFT
GESTALTEN WIR!
1. MAI 2015

DGB.DE

**DIE ARBEIT
DER
ZUKUNFT
GESTALTEN
WIR!**

1. MAI 2015

DGB.DE

**BON-
JOUR,
BILDUNG!**

DIE ARBEIT DER ZUKUNFT
GESTALTEN WIR!
1. MAI 2015

DGB

Einladung zur Personalversammlung

Themen:
Selbstständige Schule,
Inklusion, Tarifrunde 2015,
Zuwanderung

**Dienstag, 19. Mai 2015
um 13.00 Uhr**

Offener Anfang ab 12.30 Uhr

Gesamtschule Erle
(Gerhard-Hauptmann-Realschule),
Mühlbachstraße 3

Sie möchten Mitglied werden bei der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft werden?

Das ist eine gute Entscheidung!

GEW

Antrag auf Mitgliedschaft im Netz unter www.gew.de/Mitgliedsantrag.html
oder in unserer Geschäftsstelle
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 513759
Fax: 0209 514207 E-Mail: gew-ge@gmx.de